

CHEMIKALIEN - AMALGAM

Wissenschaftlicher Kommentar von Prof. Harald Walach zur Münchner Amalgamstudie (GAT):
Walach H.

Amalgam raus oder mehr Entspannungsübungen?

Forsch Komplementmed 2008;15:7 (DOI:10.1159/000158575)

Im Internet unter :

<http://content.karger.com/ProdukteDB/produkte.asp?Aktion=ShowPDF&ArtikelNr=158575&Ausgabe=241142&ProduktNr=224242&filename=158575.pdf>

Der Artikel steht auf den letzten drei Seiten

Pressemitteilung zum Forschungsprojekt "Amalgam"

Pressemitteilung von: European Academy for Environmental Medicine

PR Agentur: Umweltrundschau

<http://www.openpr.de/news/264114/Pressemitteilung-zum-Forschungsprojekt-Amalgam.html>

=====

CHEMIKALIEN - PAK

08.12.2008

TV- REPORT-Muenchen

Inhalt Krebsgefahr durch Gummiprodukte Experten warnen vor dem Schadstoff PAK

Hinter der Abkürzung PAK verbergen sich polycyclische, aromatische Kohlenwasserstoffe. Zahlreiche PAK sind krebserzeugend; schädigen das Immunsystem, die Leber wie auch das Erbgut. Aus diesem Grund sollten Hersteller darauf achten, dass in Produkten wie Gummigriffe, Radschläuche oder Schuhe keine PAK-Anteile befinden. Report MÜNCHEN machte den PAK-Test mit erschütternden Ergebnissen.

<http://www.br-online.de/das-erste/report-muenchen/report-pak-gummi-ID1228750695812.xml>

=====

CHEMIKALIEN - PESTIZIDE - neue EU-Pestizidpolitik

13.01.2009

Europa-Parlament: Plenarsitzung vom 13. Januar 2009 in Straßburg

EP verabschiedet neue EU-Pestizidpolitik

Das Europäische Parlament hat die neue EU-Pestizidpolitik verabschiedet. Das Paket besteht aus einer Verordnung zur Produktion und Zulassung von Pestiziden und einer Richtlinie zu deren nachhaltigem Einsatz. Gefährliche Stoffe werden verboten. Empfindliche Gebiete wie Spielplätze oder Parks werden besser geschützt, ebenso die aquatische Umwelt und die Trinkwasservorräte. Das Risiko beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln soll minimiert und das Suchen nach Alternativen gefördert werden. Mehr unter

http://www.europarl.de/presse/pressemitteilungen/quartal2009_1/PM_090113_1a

13.01.2009

Kommentar von GREENPEACE:

Neues EU-Pestizidrecht schuetzt Verbraucher nicht ausreichend

Das EU-Parlament hat über ein neues Pestizidrecht abgestimmt. Von den rund 400 in der EU erlaubten giftigen Wirkstoffen sollen nur 22 vom Markt verschwinden. Pestizide, die Krebs auslösen, die Fortpflanzung beeinträchtigen oder das Erbgut schädigen, sollen künftig nicht mehr zugelassen werden. Großzügige Ausnahmeregelungen machen den Einsatz aber noch weitere fünf Jahre möglich.

Ausgenommen vom Zulassungsstopp sind hormonell wirksame (endokrine) oder das Immunsystem schädigende Pestizide. Produkte, die Nervengifte oder Bienengifte enthalten, fallen ebenfalls nicht unter die Regelung.

"Das neue EU-Pestizidrecht ist kein großer Wurf", so der Chemieexperte von Greenpeace Manfred Krautter. "Der Gift-Lobby ist es gelungen, die guten Ansätze des EU-Parlamentes zum Schutz der Umwelt und der Verbraucher auszuhöhlen. Die Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, haben sich bei den Verhandlungen eher auf die Seite der Agroindustrie gestellt, die keine Beschränkungen ihrer Vermarktungsmöglichkeiten hinnehmen wollte.". Immerhin werden alle EU-Mitgliedsländer verpflichtet, künftig Aktionspläne zur Reduktion des Pestizideinsatzes aufzustellen.

Das neue EU-Pestizidrecht reicht nicht aus, um Verbraucher und Umwelt ausreichend zu schützen. Gefragt sind jetzt Lebensmittelproduzenten und -händler. Sie müssen selbst dafür sorgen, dass der Einsatz und die Rückstände von Pestiziden minimiert werden. Besonders gefährliche Pestizide, wie sie in der Schwarzen Liste der Pestizide von Greenpeace verzeichnet sind, müssen jetzt freiwillig ersetzt werden. EDEKA hat als erste deutsche Supermarktkette dafür bereits ein Zeichen gesetzt: Der Konzern verabschiedete kürzlich eine eigene Schwarze Pestizidliste, die deutlich weiter geht als die der EU.

http://www.greenpeace.de/themen/chemie/nachrichten/artikel/neues_eu_pestizidrecht_schuetzt_verbraucher_nicht_ausreichend/

Handelskette (EDEKA) fordert von Lieferanten Vermeidung gefährlicher Spritzmittel

http://www.greenpeace.de/themen/chemie/nachrichten/artikel/rote_pestizidliste_bei_edeka/

*

14.01.09

Reaktion der Industrie:

Wo ist die Liste? / Kollektive Suche nach 22 Wirkstoffen, die Brüssel "verbieten" will

Frankfurt/Main (ots) - Alle Medien haben es gemeldet: 22 "besonders gefährliche" Pestizid-Wirkstoffe sollen "verboten" werden, nachdem gestern die neue Pflanzenschutz-Verordnung beschlossen wurde. Jetzt wollen alle Betroffenen wissen, um welche Substanzen - und Mittel - es sich dabei handelt. Zum Beispiel die Landwirte, die sich überlegen, welche ihrer Kulturen es trifft. Die Pflanzenschutz-Berater, die ihre Empfehlungen aktualisieren wollen. Der Handel, der die Bestellungen für die nächste Saison plant. Die Labore der Rückstandskontrolle, die sich bereits auf einen Berg zusätzlicher Analysen einstellen. Nicht zuletzt die Pflanzenschutz-Industrie.

Alle wollen "die Liste". Wer hat sie? Es gibt sie nicht. Es gibt einschlägige Äußerungen der Berichterstatterin zur Zulassungs-Novelle. Es gibt Abschätzungen aus den Mitgliedstaaten zu den Folgen der neuen Verordnung. Aber es gibt keine Liste und auch keine Verbote. Es gibt nur neue Vorschriften für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. Ab 2011 werden sie angewandt. Mancher heute zugelassene Wirkstoff wird dann keine erneute Zulassung bekommen. Bestehende Zulassungen bleiben unberührt. Gegebenenfalls bis 2018.

Der Industrieverband Agrar e. V. mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von Unternehmen der agrarchemischen und agrarbiologischen Industrie in Deutschland. Zu den Geschäftsfeldern der 46 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie.

Originaltext: Industrieverband Agrar e.V.

Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/16070>

www.iva.de

=====

CHEMIKALIEN - Radon

In Europa bedingt Radon acht Prozent der Todesfälle durch Bronchial-Ca

In den Ländern der Europäischen Union gehen acht Prozent der Todesfälle durch Lungenkrebs auf erhöhte Radonkonzentrationen in Wohnräumen zurück. Jährlich sterben dadurch in der EU 18 000 Menschen. Mehr unter <http://www.aerztezeitung.de/nel/?sid=527399&rub=atemwegskrankheiten&c=1>

=====

CHEMIKALIEN -TABAK

05.01.2009

Mediziner warnen vor "Rauch aus dritter Hand"

Während in Österreich der Nichtraucherschutz zum Jahreswechsel verstärkt wurde, warnen US-Mediziner vor den Gefahren des "Thirdhand Smoke". Gemeint sind damit Rauchüberreste in Haar, Kleidung und Wohnung. ...

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-599431,00.html>

Original:

<http://science.orf.at/science/news/153960>

<http://pediatrics.aappublications.org/cgi/content/abstract/123/1/e74>

Anmerkung Scherrmann:

Eigentlich ist es klar, MCS-Kranke wissen und spüren dies schon längst.

Das Problem besteht nicht nur bei Rauch auch bei Duft- und Riechstoffen. Aber auch hier müssen wir wahrscheinlich noch zig Jahre warten, bis eine Studie unsere Erfahrungen bestätigt.

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Von www.diagnose-funk.org :

16.01.2008

EU fordert Grenzwertanpassung: Frankreich handelt und setzt Kinderschutz um

Die Umwelt- und Verbraucherorganisation Diagnose-Funk fordert aktiven Kinder- und Jugendschutz, sowie Senkung der Grenzwerte. Skandalöse Untätigkeit der internationalen Behörden, sowie Verharmlosungen durch die Industrie werden durch die Entwicklung in Frankreich blossgestellt!

<http://www.diagnose-funk.org/downloads/2009114dfpmfrankreichhandelt.pdf>

13. 01. 2009

Frankreich handelt: Keine Handys für Kinder!

Nachdem schon Lyon eine Kampagne gegen Handynutzung unter 12 Jahren gestartet hatte, hat nun gemäss verschiedenen Presseberichten der französische Umweltminister Jean-Louis Borloo ein Gesetz präsentiert...

<http://www.diagnose-funk.org/politik/033ea29935078f601/033ea29b920d88f01.html>

9. 01. 2009

Durch die Umstellung des Rundfunks von analog auf digital sind etliche Frequenzen freigeworden. Um diese Digitale Divende bemühen sich schon seit einiger Zeit die Mobilfunk-Netzbetreiber. E-Plus hat...

[http://www.medien.diagnose-](http://www.medien.diagnose-funk.org/033ea29b760e67101/033ea29b760e75804/033ea29b8e0d25c05.html)

[funk.org/033ea29b760e67101/033ea29b760e75804/033ea29b8e0d25c05.html](http://www.medien.diagnose-funk.org/033ea29b760e67101/033ea29b760e75804/033ea29b8e0d25c05.html)

7. 01. 2009

TV Report: Forscher warnen vor EU-Glühlampenverbot

Die Europäische Kommission will 2009 die Glühbirne aus allen europäischen Haushalten verbannen. Mit dem Verbot der Glühbirne soll ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Stimmt das? Klimaschützer und Mediziner üben immer heftigere Kritik an dem Verbot. ...

Infos zum Gluehlampenverbot unter <http://www.diagnose-funk.ch/technik/033ea299970ae8001/033ea29b8b0936601.html>

7. 01. 2009

DECT-Telefonate sind leicht abhörbar

Telefonate über DECT sind leicht abzuhören. Wie, das erklärte eine Gruppe von Hackern auf dem 25C3. In den meisten Fällen wird auf eine Verschlüsselung ohnehin verzichtet, aber selbst der in DECT verwendeten...

[http://www.medien.diagnose-](http://www.medien.diagnose-funk.org/033ea29b760e67101/033ea29b760e75804/033ea29b8c0878511.html)

[funk.org/033ea29b760e67101/033ea29b760e75804/033ea29b8c0878511.html](http://www.medien.diagnose-funk.org/033ea29b760e67101/033ea29b760e75804/033ea29b8c0878511.html)

(zum Gluehlampenverbot: siehe auch unter BUNDESTAG)

22. 12. 2008

Bundesnetzagentur legt nun Daten offen

Erzwungenes Weihnachtsgeschenk der Bundesnetzagentur an alle Mobilfunkkritiker in Deutschland: alle bei der Bundesnetzagentur vorhandenen Senderdaten werden auf Antrag herausgegeben Netzwerk der mobilfunkkritischen... <http://www.diagnose-funk.org/politik/033ea2996f06fe007/033ea29b7c1491714.html>

20. 12. 2008

Revision der CH-Strahlenschutz-Verordnung

Nachdem der Bundesrat die NISV am 1. Februar 2000 in Kraft gesetzt hatte, zeigte sich Präzisionsbedarf beim Ausdruck des "engen räumlichen Zusammenhangs" von Antennen-Anlagen. Ende Juni 2002 hat das... <http://www.diagnose-funk.org/politik/033ea2996e0efde18/033ea29b7a0b8d501.html>

14.12.2008

Als drittes Heft der Reihe Wirkungen des Mobil- und Kommunikationsfunks ist Anfang Dezember 2008 die Schrift

Wie empfindlich reagieren die Gene auf Mobilfunkstrahlung? Stand der Forschung – Entwarnungen und Intrigen – Vorschlag zur Selbsthilfe erschienen.

Sie belegt, auf wie breiter internationaler Grundlage DNA- und Chromosomenschäden als Folge der Mobilfunkstrahlung erwiesen sind und wie viel dafür spricht, die UMTS-Strahlung als besonders schädlich einzustufen.

<http://www.diagnose-funk.org/gesundheit/00000097f40ae101b/033ea29b6a060fc01.html>

=====

GRUENE GENTECHNIK

17.12.2008

Von BUND:

Unrealistische Heilsversprechen über Gentech-Wunderpflanzen.

BUND-Studie belegt: Hauptinteresse an Gentechnik kommt aus agrochemischer Industrie Die *Studie "Die Heilsversprechen der Gentechnikindustrie - ein Realitäts-Check" finden Sie im Internet unter:

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/gentechnik/20081200_gentechnik_gentechnik_studie_heilsversprechen.pdf

8.01. 2008

US-Agrarkonzern Monsanto fährt Rekordgewinne ein

Washington – Der US-Agrarkonzern Monsanto, Spezialist für genverändertes Saatgut und für Düngemittel, trotz der Wirtschaftskrise und fährt Rekordgewinne ein. In den Monaten September bis November 2008, dem ersten Quartal des laufenden ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=29048>

=====

INTERNET

Start von SPIEGELblog

der erste Blog, der sich gezielt kritisch mit Deutschlands führendem Nachrichtenmagazin auseinandersetzt:

2.01.2009: Der SPIEGEL diffamiert mobilfunkkritische Forscher mit unbewiesenen Infos als Fälscher - und beruft sich dabei auf Personen, die der Telekomindustrie nahe stehen

28.12.2008 SPIEGEL-Beitrag "Freispruch für Gen-Baumwolle" liest sich wie eine Pressemitteilung von Monsanto

www.spiegelblog.info

Anmerkung Scherrmann:

Thorsten Engelbrecht (Autor des Buches "Virus-Wahn"
http://www.torstenengelbrecht.com/de/buch_viruswahn.html)
analysiert in seiner gewohnt analytischen und kompetenten Art im SPIEGEL-blog SPIEGEL-Artikel.
Die Blog-beitraege sind - wie ueblich bei Blogs - sehr unterschiedlich.

=====

KRANKHEIT - ADHS

aus der Zeitschrift umg 4/2008: :
Ulf Sauerbrey

Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitaetsstoerung (ADHS) durch Umweltgifte

Die haeufigsten chemischen Belastungen von Kindern sind Umweltgifte und lebensstilbedingte Noxen. Eine Exposition beginnt bereits vor der Geburt. Mitunter koennen diese Belastungen langfristig weitaus staeker auf die kindliche Entwicklung wirken, als bisher angenommen. Die Situation von Kindern in Bezug auf Umweltgifte wird vor dem Hintergrund der Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitaetsstoerung (ADHS) diskutiert. Neue Studien zu Tabakrauch, Blei, PCBs, Pestiziden, Quecksilber und Mangan verdichten die Hinweise auf neurotoxische Schaedigungen, deren Symptomatik starke Aehnlichkeiten zur kindlichen ADHS aufzeigt. Neurotoxine muessen zukuenftig weitaus staeker als Risikofaktor beruecksichtigt werden. Es zeigt sich zudem, dass interdisziplinaere Arbeit fuer eine Kinderumwelt und damit ein Erziehungsfeld ohne Neurotoxine notwendig ist. Die Erziehungswissenschaft muss sich an der Diskussion beteiligen, da sozialpaedagogische Massnahmen nach gegenwaertigem Kenntnisstand nur einen Teil der Intervention bei Verhaltensauffaeligkeiten im Kindes- und Jugendalter darstellen. Praevention kommt eine besondere Rolle zu, da paedagogische Rahmenbedingungen, Arrangements und Settings, in denen Kinder sich entwickeln koennen, ein gesundheitlich unbedenkliches Umfeld in die paedagogische Planung integrieren muessen.

Den ganzen Artikel als pdf-file aus der umg finden Sie mit freundlicher Genehmigung der umg unter <http://www.safer-world.org/d/krank/adhs.htm>
Weitere Informationen zu "Kindheit und Umwelt" finden Sie auf Ulf Sauerbreys web unter <http://www.kindheit-und-umwelt.de/t/>
Website der Zeitschrift umwelt-medizin-Gesellschaft (umg): www.umwelt-medizin-gesellschaft.de

Anmerkung Scherrmann:

Ich finde diesen Artikel auesserst wichtig. Endlich beschaeftigt sich ein deutscher Wissenschaftler mit diesem Problem. Ich hoffe, dieser Artikel und Ulf Sauerbreys Website finden weite Verbreitung nicht nur bei den Eltern sondern auch bei den Psychologen, Psychiatern, Neurologen, Hausaerzten, ...

=====

KRANKHEIT - FIBROMYALGIE

10.01.09

Fibromyalgie im Gehirn sichtbar - Blutfluss ist im Kernspin gegenüber Gesunden verändert

Bei Fibromyalgie-Patienten ist die Schmerzverarbeitung im Gehirn gestört. Diese Annahme konnten Forscher aus Marseille (Frankreich) mit Hilfe der Tomografie unterstützen, berichtet die "Apotheken Umschau". Sie maßen mit dem Verfahren die Durchblutung von Hirnregionen, die für die Schmerzwahrnehmung zuständig sind. Der Blutfluss wich bei Fibromyalgie-Patienten gegenüber Gesunden ab, und zwar umso so stärker, je ausgeprägter die Krankheitssymptome waren. Fibromyalgie wird oft als "Weichteilrheumatismus" bezeichnet. Doch eine Entzündung wie bei Rheuma fehlt.

Aus: Das Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau" 1/2009 Originaltext:: Wort und Bild - Apotheken Umschau
Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/52678>
www.gesundheitpro.de
www.wortundbildverlag.de

=====

KRANKHEIT - UMWELTMEDIZIN

Klinische Umweltmedizin

Artikel von Frau Prof. Herr ed. Al. im DAEB. Dtsch Arztebl 2008; 105(30): 523-10000 DOI: 10.3238/arztebl.2008.0523
<http://www.aerzteblatt.de/v4/archiv/artikeldruck.asp?id=60994>

Anmerkung Scherrmann:

Wie die Meinung der Aerzteschaft und Wissenschaftler beeinflusst wird, zeigt dieser Artikel deutlich. Die Gegendarstellungen dazu wurden im DAEB nicht veroeffentlicht.

Die Gegendarstellungen wurden in der umg (www.umwelt-medizin-gesellschaft.de) als Einhefter veroeffentlicht.

Aus der umg 4/2008

Die Umweltmedizin ist tot. Lang lebe die Umweltmedizin!

Praktizierende Umweltmediziner zeigen kein Verständnis für wenig differenzierten Artikel im Deutschen Ärzteblatt.

An dieser Stelle sind verschiedene Stellungnahmen langjährig praktizierender Ärzte aus dem Fachbereich Kurative und Präventive Umweltmedizin dokumentiert, darunter Vorstandsmitglieder des Deutschen Berufsverbandes der Umweltmediziner (dbu), die Stellung beziehen zur Publikation einer umfangreichen Arbeit zum Thema Umweltmedizin in Deutschland im „Deutschen Ärzteblatt“ (HERR et al. 2008). Es wurde dabei der Eindruck erweckt, dass diese Arbeit die allgemeingültige Position zur Umweltmedizin in Deutschland sei. Parallele Publikation im Internet in englisch und eine laienverständliche Version in der „Apothekenumschau“ sollten diesen Eindruck verstärken.

Im Internet unter: <http://www.safer-world.org/d/krank/MCS/gegendarstellung.htm>

Und/oder unter: <http://www.safer-world.org/d/krank/MCS/umg-4.08-Einhefter.pdf>

Dank an die Zeitschrift Umwelt-Medizin-Gesellschaft (umg) <http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de/> den Artikel auf www.safer-world.org veroeffentlichen zu koennen.

Studie: Internet-Erhebung zu umweltbezogenen Befindlichkeitsstörungen und Allergien in der Allgemeinbevölkerung

PD Dr. Josef Bailer & Michael Witthöft, Zentralinstitut für Seelische Gesundheit, J5, 68159 Mannheim
Fragebogen im Internet unter http://www.psychologie.uni-mannheim.de/psycho2/leute/wilhelm/umwelt_mw.php3

Anmerkung Scherrmann:

Nach der Lektuere des Fragebogens und Veroeffentlichungen von Dr. Bailer kann ich nicht empfehlen, diesen Fragebogen auszufuellen. Wenn Sie mehr ueber meine Gruende wissen wollen, mailen Sie mich bitte an (Scherrmann@safer-world.org).

=====

POLITIK

5.12.2008

Konferenz am EU-Parlament in Strassbourg

Environment and Health: Indoor Pollution and Multi System Illnesses

Schlussstatement von Ingrid Scherrmann

HANDELN IST NOTWENDIG

Der heutige Mensch ist einer wachsenden Vielfalt an Umweltbelastungen ausgesetzt. Es gibt zunehmend Belege, dass viele von Ihnen bei der Entstehung von Krankheiten maßgeblich beteiligt sind. Schadstoffinduzierte Krankheiten nehmen stark zu. Daraus resultiert: Zunahme an Leid und Verringerung an Lebensqualität. Die Gesundheitssysteme sind nicht mehr finanzierbar. Der heutige Kenntnisstand ist ausreichend, um politisches Handeln zu rechtfertigen und zwingend zu fordern. Oberstes Ziel: Weltweite effektive Prävention im Sinne einer umfassenden Schadstoffvermeidung. Das Wohlergehen der heutigen und

zukünftigen Generationen steht auf dem Spiel.

Die Politik muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen für diese Prävention schaffen:

1) Die Politik muss sich unvoreingenommen öffnen für die Fülle an vorhandenem Wissen über die Wirkungen von Schadstoffen. Nur unter Einbeziehung dieser Kenntnisse, gepaart mit dem politischen Willen, gelingt eine ausreichend umfassende gesetzliche Regelung für effektive Schadstoffvermeidung, effektiven Umweltschutz und effektiven Gesundheitsschutz.

2) Expertenwissen ist die Basis für politisches Handeln. Deshalb müssen die politisch Verantwortlichen ihr Wissen über Zusammenhänge zwischen Schadstoff und Krankheit von Industrie-unabhängigen Experten bekommen.

3) Umweltschutz und Menschenschutz müssen als Einheit gesehen und als zentrale Aufgabe betrachtet werden! Dieses Verständnis muss in der politischen Umsetzung klar zum Ausdruck kommen. Ein wirksames politisches Handeln muss ressort- übergreifend erfolgen. Für die Kompetenzbündelung ist die Schaffung eines starken Ressorts notwendig.

4) In die Beforschung der Rolle von Schadstoffen beim Krankheitsgeschehen durch Industrie-unabhängige Wissenschaftler muss mehr Geld investiert werden.

5) Das Wissen über die gesundheitsschädigenden Wirkungen von Schadstoffen muss systematisch erfasst und sichtbar gemacht werden

6) Die derzeitige Grenzwertpolitik entspricht nicht mehr dem heutigen Kenntnisstand. Bei der Risikobewertung wird überwiegend das Risiko einzelner Schadstoffe bewertet, nicht jedoch das gesundheitsschädigende Potential von komplexen, oft extrem synergistisch wirkenden Schadstoffgemischen. Die Politik muss die Gesetze an diese Erkenntnisse anpassen.

7) Die Politik ist gefordert, Transparenz zu schaffen und zu informieren. Die Bürgerinnen und Bürger lassen sich nur zu einem verantwortungsvollen Konsumverhalten und einem gesünderen Lebensstil bewegen, wenn sie über die gesundheitliche Brisanz der schon vorhandenen Erkenntnisse aufgeklärt werden.

8) Die Politik ist gefordert, schadstoffbedingte Gesundheitsschädigungen nicht zu verharmlosen oder gar zu psychiatrisieren und jedem entsprechenden Versuch vehement entgegen zu treten und ihn zu ahnden.

9) Die politischen Richtlinien müssen garantieren, dass die Erkenntnisse über Schadstoffbedingte Erkrankungen und die Möglichkeiten sie zu vermeiden, ihren Niederschlag im Klinik- und Praxisalltag der Mediziner finden.

10) Die Politik ist aufgefordert, in der Medizin und in der Gesellschaft einen breiten Konsens und Anreize zu schaffen für eine Umkehr: weg von einer "Reparationsmedizin" zu einer „Präventionsmedizin“ - im Sinne einer Anleitung zur Schadstoffreduktion.

Im Internet:

als pdf-datei: www.safer-world.org/d/Forderungen.pdf

als html-datei: www.safer-world.org/d/Scherrmann/skript/forderungen.htm

=====

RECHT

Informationen und Formulare zum Herunterladen

(z.B. die „Patientenverfügung“ oder „e-card? Nein Danke! Wichtige Informationen für alle Patienten“) unter: www.stoppt-die-e-card.de

Chemikalien und Gefahrstoffe

91/414/EWG – RL Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln

www.UMWELTdigital.de/67470

www.UMWELTdigital.de/67470

(die Infos sind kostenpflichtig)

=====

TERMINE

Konferenz von BMU und VCI zu den "Möglichkeiten

und Grenzen von Human-Biomonitoring für Politik und Gesellschaft". Die Veranstaltung findet am 27. Januar 2009 im BMU in Bonn

statt. Infos gibt es auf dem Flyer, der unter folgender Adresse bezogen werden kann:

www.vci.de/Service/disp/showDPImage.ashx?dl=1&imgdoknr=124251

Anmerkung Scherrmann:

Referenten sind u. a. Prof. Angerer, Prof. Hornbach, Dr. Nasterlak. Frau Cameron

Es braucht keine hellseherischen Fähigkeiten, um vorherzusagen, dass bei dieser Konferenz die Weichen fuer die zukuenftige Politik bei der

Beurteilung von Schadstoffinduzierten Krankheiten gestellt werden.

=====

ZEITSCHRIFT

Umwelt-Medizin-Gesellschaft

21. Jahrgang, **Ausgabe 4/2008**, S. 273-360

Schwerpunkt: Multiple Chemical Sensitivity (MCS) – Aktueller Stand

Inhalt u.a.:

Anke Bauer, Eberhard Schwarz, F. Oliver Hauf, Christoph Mai: **Multiple Chemical Sensitivity / MCS:**

Ein Update

Eckart Schnakenberg, Karl-Rainer Fabig, Martin Stanulla, Nils Strobl, Michael Lustig, Nathalie Fabig, Werner Schloot: **Eine Querschnittsstudie zur selbstberichteten Chemikalienempfindlichkeit im Zusammenhang mit Genvarianten Fremdstoff metabolisierender Enzyme**

Kurt Mueller, Eckart Schnakenberg: **Die Bedeutung der Glukuronidierung bei umweltmedizinischen Erkrankungen am Beispiel der UDP-Glukuronosyltransferase 1A1**

Helmuth Mueller-Mohnssen: **Zur Unterscheidung zwischen Multipler Chemikalien-Sensitivität (MCS) und erworbener Chemikalienintoleranz (AIC) – am Beispiel der Insektizidintoxikation**

Gwynne Lyons: **Wird die neue EU-Chemikaliengesetzgebung den Erwartungen für die öffentliche Gesundheit gerecht?**

Ulf Sauerbrey: **Aufmerksamkeitsdefizit-/ Hyperaktivitätsstörung (ADHS) durch Umwelt**
BUND und BÖLW: **Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen (GVO) beibehalten**

Tagungsberichte:

Jochen Fischer: **Entgiftung und Prävention – gewusst wie (19.7.2008, Nürnberg)**

Rainer Frenzel-Beyme, Erik Petersen: **Umweltmedizin: Evidenz – Kontroverse - Konsequenz (28.9.2008, Berlin)**

Hans-Ulrich Hill, Walter Wortberg: **Belastete Umwelt – gesunde Menschen ? (26 – 28.9.2008, Schwerte)**

Peter Wallner, Hanns Moshhammer: **Dichtes Programm in Graz (1.-4.10.2008, Graz, Österreich)**

Erik Petersen: **Umweltmedizin im Focus der klinischen Praxis (3./4.10.2008, Berlin)**

Wilhelm Krahn-Zembol: **Rechtsprechung und Rechtentwicklung**

Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner (dbu): **Die Umweltmedizin ist tot. Lang lebe die Umweltmedizin**

umwelt-medizin-gesellschaft

Erscheint vierteljährig; Umfang je Ausgabe ca. 80 S., Einzelpreis: € 10,- incl. MwSt. zzgl. Versand.
Abonnement: € 38,-, Ausland € 45,- incl. MwSt. und Versand.
Bestellungen und Probehefte: Umwelt – Medizin – Gesellschaft, Frielinger Str. 31, D – 28215 Bremen
E-Mail: info@umg-verlag.de Internet: <http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de>

=====
POLTIK - BEHOERDEN
=====

BUNDESTAG

8.01.2009

Über das EU-Verbot von Glühbirnen informieren

Wirtschaft und Technologie/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/MIK) Das EU-Verbot von Glühbirnen und die Öko-Bilanz von Energiesparlampen sind Thema einer Kleinen Anfrage (16/11471 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/114/1611471.pdf>) der FDP-Fraktion. Danach will die Europäische Kommission schrittweise die Verwendung von Glühlampen verbieten. Nach dem EU-Beschluss sollen ab September 2009 Glühlampen mit mehr als 100 Watt aus dem Handel genommen werden, schreibt die Fraktion. Anfang 2010 sollen solche mit mehr als 40 Watt und zwei Jahre später auch schwächere Lampen folgen. Von dem Verbot und einem Ersatz sogenannter Energiesparlampen erhoffe sich die EU-Kommission eine Verringerung des Strombedarfs zu Beleuchtungszwecken, was zu einer jährlichen Einsparung von 23 Millionen Tonnen Treibhausgas führen soll, heißt es in der Kleinen Anfrage. Die FDP will nun von der Bundesregierung wissen, ob sie den "Ausstiegsbeschluss" aus der Glühbirne mittrage und welche Erkenntnisse ihr zur Ökobilanz von Energiesparlampen im Vergleich zu Glühbirnen vorlägen.

05.01.2009

Moratorium für Einsatz von Munition mit abgereichertem Uran verhängen

Auswärtiges/Antrag

Berlin: (hib/BOB) Die Bundesregierung soll sich international für ein Moratorium für die Verwendung von Waffen mit abgereichertem Uran einsetzen. In einem Antrag (16/11439 http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2009/2009_001/04.html) betont die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Einsatz von derartiger Munition führe aufgrund der ungeklärten Folgen für Mensch und Umwelt immer wieder zu Verunsicherungen und Spekulationen. Er setze darüber hinaus Soldaten und Zivilisten einer nicht auszuschließenden Gesundheitsgefahr aus. Beim Einsatz von Munition aus abgereichertem Uran entstünden an und in den Zielen giftige Stäube, die bei ungeschützten Personen Schäden hervorrufen könnten. Abgereichertes Uran sei ein nur leicht radioaktives, aber stark giftiges Schwermetall. Wenn es vom Körper in größeren Mengen aufgenommen werde, könne es Schädigung, besonders der Nieren, der Knochen und des Blutes, hervorrufen. Viele Staaten - auch Deutschland - verzichteten bewusst auf die Verwendung derartiger Munition. Der Bundestag solle die Regierung auffordern, über ihre Erkenntnisse bezüglich der jüngsten wissenschaftlichen Forschungen zu berichten, fordern die Grünen.

12.12.08

Tätigkeit der Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern näher beleuchten

Umwelt/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/BOB) Die Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbh (DBE) ist Gegenstand einer Kleinen Anfrage (16/11121 http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2008/2008_339/04.html) der Grünen. Die Gesellschaft betreibe im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) die Endlager für Atommüll in Deutschland. Während die DBE zunächst in Bundeseigentum gestanden habe, sei sie nunmehr ein privatrechtliches Unternehmen. Haupteigentümer des DBE sei die Gesellschaft für Nuklearservice mbH, die wiederum hauptsächlich den Energieversorgungsunternehmen und Kernkraftwerksbetreibern EON, RWE und Vattenfall Europe gehörten. Zwei Drittel des Haushaltes der BfS flössen laut einem Magazinbericht an die DBE. Die Zusammenarbeit zwischen BfS und der DBE erfolge auf der Grundlage mehrerer Verträge, insbesondere auf einem mehrfach geänderten Kooperationsvertrag, so die Grünen.

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)

29.12.2008

Neue EU-Spielzeugrichtlinie schützt die Gesundheit von Kindern nicht ausreichend

BfR empfiehlt Nachbesserungen zur Sicherheit und Ungiftigkeit von Spielzeug. Die Regelungen zur chemischen Sicherheit von Spielzeug, wie sie mit der neuen EU-Spielzeugrichtlinie im Dezember 2008 verabschiedet wurden, sind unzureichend und führen teils sogar zu einer Verschlechterung des Verbraucherschutzes. Zu diesem Schluss kommt das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR). Da Kinder wesentlich empfindlicher gegenüber chemischen Stoffen sind als Erwachsene, brauchen wir auch besonders hohe Anforderungen an die Ungiftigkeit von Spielzeug“, sagt BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel. Besonders kritisch sieht das BfR die neuen Grenzwerte für Schwermetalle in Kinderspielzeug. So darf sich aus Spielzeug künftig sogar mehr Blei lösen als nach der bisherigen Regelung. Auch vor Duftstoffen und Nickel, die Allergien auslösen können, werden Kinder durch die neue Richtlinie nicht ausreichend geschützt.

Vor allem kleinere Kinder nehmen Spielzeug täglich mehrere Stunden in die Hand und auch in den Mund. Dabei können sich chemische Stoffe aus dem Spielzeug lösen und in ihre Körper gelangen. Die Hersteller von Kinderspielzeug müssen dafür sorgen, dass diese Stoffe die Gesundheit von Kindern nicht schädigen. Sie müssen sich nach der europäischen Spielzeugrichtlinie, deren Neufassung am 18. Dezember 2008 verabschiedet worden ist, richten. Nach Einschätzung des BfR reichen die Regelungen der Richtlinie aber nicht aus, um Kinder vor Gesundheitsrisiken durch chemische Substanzen zu schützen.

So sieht das Regelwerk zwar vor, dass so genannte CMR-Stoffe - das sind chemische Substanzen, die Krebs erzeugen, das Erbgut verändern oder die Fortpflanzung beeinträchtigen können - in Spielzeug nicht verwendet werden dürfen. Andererseits sollen künftig die Grenzwerte des Chemikalienrechts auch für Spielzeug gelten. Danach darf Spielzeug wiederum diese CMR-Stoffe in Mengen von bis zu 0,1 Prozent (1 g/kg Spielzeugmaterial) enthalten. Dem gesundheitlichen Verbraucherschutz für Kinder genügt dies nicht. Deswegen muss nach Ansicht des BfR alles Spielzeug, das aufgrund seiner Größe in den Mund genommen werden kann, genauso streng beurteilt werden wie Materialien in Kontakt mit Lebensmitteln. Danach darf die Freisetzung von CMR-Stoffen analytisch nicht nachweisbar sein. Dies ist nach der neuen Regelung nur für Spielzeug für Kinder unter 36 Monaten vorgesehen.

Auch über die Haut können viele Substanzen aufgenommen werden. Das können CMR-Stoffe, Biozide oder Allergene sein. Dies ist besonders zu berücksichtigen bei Spielzeug, das längeren und intensiven Hautkontakt hat, wie Fingermalfarben oder Knetmassen. Regelungen hierzu fehlen in der Richtlinie. Dabei bietet aus Sicht des BfR eine Orientierung am Kosmetikrecht eine gute Möglichkeit, diese Lücke zu schließen.

Die Entwicklung von Allergien kann nur verhindert werden, wenn der Kontakt mit allergieauslösenden Stoffen so weit wie möglich reduziert wird. Die neue Spielzeugrichtlinie enthält zwar eine Liste von 55 verbotenen allergenen Substanzen. De facto wird dieses Verwendungsverbot durch die Einführung eines Grenzwertes von 0,01 Prozent (100 ppm = 100 mg/kg) für zulässige Spurengehalte aber zum Teil wieder aufgehoben.

Der häufigste Auslöser von Kontaktallergien der Haut ist Nickel. Für Produkte mit längerem Hautkontakt, wie Schmuck oder Knöpfe, gibt es deshalb einen Nickel-Grenzwert, der nach Ansicht des BfR auf Spielzeug übertragen werden sollte. Die neue Spielzeug-Richtlinie sieht aber keinen Nickel-Grenzwert vor.

Für inakzeptabel aus Sicht des Gesundheitsschutzes von Kindern hält das BfR die neuen Regelungen für Schwermetalle in Kinderspielzeug. Die Richtlinie lässt zu, dass Kinder künftig deutlich größere Mengen an Blei, Quecksilber, Arsen, Antimon und Barium aus Spielzeug aufnehmen können als bisher. Deutlich wird dies am Beispiel von Materialien, die Kinder von Spielzeug abknabbern und verschlucken können. Aus solchen Materialien durften sich bislang 90 Milligramm Blei pro Kilogramm Spielzeug lösen. Künftig beläuft sich der Grenzwert auf 160 mg/kg. Der bisher gültige Wert von 1000 Milligramm Barium pro Kilogramm Spielzeug wurde sogar auf 56000 mg/kg erhöht. Bei Blei ist dies besonders kritisch, denn das Schwermetall kann das Nervensystem schädigen und beeinflusst auch in kleinsten Mengen die Intelligenzentwicklung von Kindern nachgewiesenermaßen negativ.

Grund zur Freude bieten aus Sicht des BfR nur die neuen Höchstwerte für die Freisetzung von Nitrosaminen und nitrosierbaren Stoffen aus Spielzeug, das in den Mund genommen wird, wie zum Beispiel Luftballons. Der Gesundheitsschutz gegenüber diesen Krebs erzeugenden und Erbgut verändernden Stoffen wird sich dadurch für ältere Kinder deutlich verbessern. Allerdings stecken Kinder unter 36 Monaten Spielzeug täglich auch bis zu mehrere Stunden in den Mund. Das BfR hält es aus diesem Grund für erforderlich, Spielzeug für diese Altersgruppe mit niedrigeren Grenzwerten für Nitrosamine zu versehen. Diese Werte könnten sich an den Grenzwerten für Schnuller und Sauger orientieren.

Spielzeug im Handel muss sicher sein. Bisher bestätigen die Hersteller selbst mit dem CE-Zeichen die Übereinstimmung ihrer Produkte mit den Sicherheitsanforderungen. Trotzdem war in der Vergangenheit oft unsicheres Spielzeug im Handel. Die Forderung der deutschen Bundesregierung, dieses Verfahren durch eine Produktprüfung durch unabhängige Labore zu objektivieren, ist leider nicht in die Richtlinie übernommen worden.

Anmerkung Scherrmann:

Klare und beunruhigende Worte vom BfR. Was sind nun die Konsequenzen?

Was ich nicht verstehe, ist dass die neurotoxischen, also nervenschädigenden Wirkungen nirgends zur Sprache kommen. Diese wirken sich auf die Intelligenz, das Verhalten, Lernfähigkeit, Aggressivität etc. aus.

=====

UBA

15.12.2008

Telegramm Umwelt und Gesundheit.

Das Thema dieser Ausgabe:

Innenraumhygiene in Schulen – der neue Leitfaden des Umweltbundesamtes.

Pressemitteilung:

<http://www.umweltbundesamt.de/gesundheit/telegramm/Ausgabe08-2008.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.de/gesundheit/telegramm/index.htm>

Leitfaden:

<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3689.pdf>

Anmerkung Scherrmann:

Ich habe den 143-seitigen Leitfaden noch nicht ganz durchgelesen. Ich empfehle allen, die sich mit Innenraumhygiene, also auch mit Schadstoffbelastungen an Schulen beschäftigen, sich diesen Leitfaden, bei dem u. a. das Procedere genau beschrieben wird, anzuschauen.

Studie zum Umweltbewusstsein 2008: www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein

=====

Ende des newsletter/d/119

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales, nicht kommerzielles Internet- Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt